

VdK - Kreisverbandskonferenz in Sasbach am 24. April 2010



Von Links: BGH Reinholz – Uwe Würthenberger – Johann Lorenz – Rudi Stange – Gabriele Spengler – Dieter Seuberlich



Kreisvorsitzender Johann Lorenz



Bezirksverbandsvorsitzender Uwe Würthenberger



Kreis-Schifführer Dieter Seuberlich



Kreis- Kassierer Lothar Lorenz



Kreis-Revisor Helmut Frietsch



Bürgermeister von Sasbach Herr Reinholz bei seinem Grußwort an den Kreisverband





Schlussworte des Stellvertretenden Kreisvorsitzenden Herrn Rudi Stange

„Armut ist ein Armutszeugnis“

Sozialpolitische Themen bei VdK-Kreisversammlung

ABB 26.04.10

Sasbach/Bühl (m). Ein Referat des Bezirksvorsitzenden Uwe Würthenberger über derzeit wichtige sozialpolitische Themen bildete den Schwerpunkt der Hauptversammlung des VdK-Kreisverbandes Baden-Baden/Bühl am Samstagvormittag im Sasbacher Gasthaus „Ochsen“. Obwohl die Zeit drängt, so Würthenberger, scheue sich die schwarz-gelbe Regierung vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen davor, konkrete Aussagen zu finanzpolitischen Maßnahmen zu machen. „Gerade das lässt nichts Gutes erwarten und trägt dazu bei, Zukunftsängste der Menschen zu schüren“, betonte Würthenberger.

Eröffnet wurde die Versammlung vom Kreisvorsitzenden Johann Lorenz. In einem Grußwort ging Bürgermeister Reinholz auf die demografische Entwicklung und die Auswirkungen auf die Menschen in Deutschland ein. Auf den erfreulichen Zuwachs bei den Mitgliederzahlen verwies Jutta Stegmann, Vorsitzende des gastgebenden VdK-Ortsverbandes Sasbach-Obersasbach.

Uwe Würthenberger bemängelte, dass seit dem Regierungswechsel immer wieder neue sozialpolitische Vorstellungen in die Diskussion kommen, von einem gemeinsamen Ringen zu Weiterentwicklung und Stabilisierung des Sozialstaates sei aber kaum etwas zu spüren. Gerade das sei aber angesichts der demografischen Entwicklung und der steigenden Armut notwendig – 7,6 Millionen Menschen seien auf Sozialleistungen angewiesen. „Die gesetzliche Rente muss eine Altersarmut verhindern“, betonte er, Forderung des VdK sei es deshalb, zur dynamischen Rente zurückzukehren und Kürzungsfaktoren zu streichen. Gefordert werden auch gesetzliche Mindestlöhne. „Mit Hungerlöhnen lässt sich keine ausreichende Altersrente aufbauen“, so Würthenberger. Kritische Anmerkungen galten auch den hohen Zuzahlungen im Gesundheitswesen und dem Ge-

sundheitsfonds. Jetzt drohe ein neues „bürokratisches Monster“, die Kopfpauschale, die erhebliche Belastungen für Geringverdiener bringt und durch den Sozialausgleich Millionen Menschen zu Bittstellern mache. Gefordert wurde die Absenkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf sieben Prozent. „Wachsende Armut ist ein Armutszeugnis für ein reiches Land wie Deutschland“, fasste Würthenberger zusammen.

Auch auf die Finanzierungsmöglichkeiten ging er ein – die sollte kein Problem sein, wenn dreistellige Milliardenbeträge zur Rettung maroder Banken ausgegeben werden können.

Steigende Zahl der Mitglieder

Notwendig sei auch eine rigorose Bekämpfung der Steuerflucht ins Ausland, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und ein höherer Spitzensteuersatz.

Abschließend verwies Würthenberger auf die rund 8 000 ehrenamtlichen Mitarbeiter des VdK allein in Baden-Württemberg und die Sozialrechtsreferenten des VdK, die die Mitglieder beraten und unterstützen. Johann Lorewnz dankte dem Bezirksvorsitzenden, einem früheren Lender-Schüler, mit einem Buchgeschenk für seine Ausführungen.

Recht zügig wurden dann im zweiten Teil der Versammlung die Regularien abgewickelt. Schriftführer Dieter Seuberlich bezifferte den Anstieg der Mitglieder im Kreisverband in den vergangenen zehn Jahren um 34 Prozent auf jetzt 2 870 und bezeichnete den VdK als „Sozialrechtsschutzversicherung“, wobei immer mehr auch jüngere Menschen um Rat und Hilfe nachfragen. Wie stark die Geschäftsstellen aufgesucht werden machte auch der Bericht von Gabriele Spengler deutlich. Ein zufriedensstellendes Bild zeigte der Kassenbericht von Lothar Lorenz. Helmut Frietsch, der zusammen mit Hans Werner Wiegert die Kasse geprüft hatte, bescheinigte eine einwandfreie Arbeit des Kreiskassierers.